

Bärbel Höhn

- (A) Ihnen auf dem Tisch und muss nur noch in Kraft gesetzt werden. Wenn dies geschieht, dann haben wir einen dynamischen Sicherheitsstandard, der sich dem Stand der Technik anpasst. Können Sie das bestätigen?

Katherina Reiche, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Frau Kollegin Höhn, wir wollen einen neuen § 7 d in das Atomgesetz einfügen. In diesem § 7 d ist von weiterer Vorsorge gegen Risiken die Rede. Das sind zusätzliche Maßnahmen, die in das Atomgesetz eingebracht werden.

Die Behauptung, da ändere sich nichts, es sei alles schon in Ordnung, ist also nicht richtig. Im bestehenden System kann eine Behörde Auflagen erteilen. Wir wollen jetzt die Verpflichtung für die Betreiber einführen, selber etwas zu tun, und das ist ein qualitativer Fortschritt.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Haben Sie eine weitere Frage? – Bitte.

Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Präsidentin, dass ich auch diese zweite Frage noch stellen darf. – Frau Staatssekretärin, wie gehen Sie mit dem Vorwurf der Umweltverbände um? Dieser Vorwurf lautet: § 7 d ist nicht zusätzliche Sicherheit, sondern dynamische Unsicherheit. Im geltenden Gesetz steht der Begriff der größtmöglichen Sicherheit. Sie wollen das durch Ihren neuen Sicherheitsbegriff ersetzen und damit de facto den höchsten Standard, der jetzt gilt, absenken.

- (B)

Im Übrigen will ich noch kurz bemerken, dass Sie um meine erste Nachfrage geschickt herumgeschlittert sind. Die Frage war: Warum setzen Sie das kerntechnische Regelwerk nicht in Kraft? Das garantierte nämlich dynamisch mehr Sicherheit.

Katherina Reiche, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Wir sind in einem permanenten Kontakt mit den Ländern, haben auf den Seiten des Bundesumweltministeriums auch eine ganze Liste von Vorschlägen veröffentlicht. Noch einmal: Neu ist, dass wir Pflichten für die Betreiber einführen wollen. Bisher können die Behörden Auflagen erteilen. Jetzt sollen die Unternehmen verpflichtet werden, selbst nach dem Stand von Wissenschaft und Technik nachzurüsten. Das ist ein qualitativer Fortschritt. Insofern teile ich die Kritik der Verbände nicht.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Leider darf ich nicht mehr nachfragen!)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Frau Staatssekretärin, ich danke Ihnen für die Beantwortung der Fragen.

Wir kommen zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Die Fragen 86 und 87

des Kollegen René Röspel werden schriftlich beantwortet. (C)

Wir kommen zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die Frage 88 wird nach unserer Geschäftsordnung behandelt.

Damit rufe ich die Frage 89 der Kollegin Sabine Stüber auf:

Welches sind die offenen Fragen, die den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, veranlassten, dem Dschungel-statt-Öl-Modellprojekt – Yasuni-ITT-Initiative – im Yasuni-Nationalpark in Ecuador zum Schutz der biologischen Vielfalt die Unterstützung zu entziehen?

Für die Beantwortung der Fragen steht Frau Staatssekretärin Gudrun Kopp zur Verfügung.

Gudrun Kopp, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:

Danke sehr, Frau Präsidentin. – Frau Kollegin Stüber, Ihre Frage beantworte ich wie folgt: Bundestag und Bundesregierung haben die Yasuni-ITT-Initiative seit ihrer Vorstellung im Juni 2007 mit großem Interesse verfolgt, ohne sich jedoch auf einen konkreten Beitrag zum ITT-Fonds festzulegen. Die von der Bundesregierung und dem Bundestag gestellten Fragen, die wiederholt an die ecuadorianische Regierung herangetragen wurden, konnten bislang noch nicht zufriedenstellend und hinreichend beantwortet werden.

Am 28. September hat die ecuadorianische Ministerin für Natur- und Kulturerbe dem BMZ ein Schreiben mit Einlassungen zu diesen Fragen überreicht. Das BMZ wird sorgfältig prüfen, ob damit die offenen Fragen beantwortet sind. Wesentlich erscheinen dabei folgende Punkte: Erhöhung des Einflusses der Zivilgesellschaft, Kohärenz mit international vereinbarten Konzepten zum Klimaschutz und zur Walderhaltung – das betrifft gerade das REDD-Programm –, Spezifizierung der Schätzungen über Ölvorkommen, Präzedenzwirkung für andere Länder und insbesondere die Einpassung des ITT-Projektes in eine Entwicklungsplanung, die nachhaltiges Wachstum ermöglicht. (D)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Haben Sie eine Zusatzfrage, Frau Kollegin? – Nein. Aber eine Nachfrage hat die Frau Kollegin Höhn.

Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Staatssekretärin, es gibt eine Initiative aus den Reihen der Bundestagsabgeordneten, die sich sehr intensiv für genau diesen Fonds einsetzen, also dass Gelder gegeben werden, damit in Ecuador nicht nach Öl gebohrt wird und der Regenwald erhalten bleibt, damit etwas für den Klimaschutz getan wird. Diese Initiative ist ja von der letzten Regierung aufgegriffen worden. Es wäre weltweit ein einmaliger Vorgang, ein solches Projekt auf den Weg zu bringen. Das hätte hervorragende Präzedenzwirkung. Viele andere könnten sich dem anschließen. Warum will das Bundesentwicklungsministerium diese Initiative so

Bärbel Höhn

- (A) weit hinauszögern? Damit steht Deutschland als ein Land da, das eine Zusage, die de facto schon gegeben worden ist, wieder zurückzieht. Damit verursacht die Bundesregierung letzten Endes Schaden für Deutschland in der ganzen Welt.

Gudrun Kopp, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:

Frau Kollegin Höhn, die Bundesregierung hat bislang keine Zusage gegeben. Es handelt sich um einen Betrag von 650 Millionen Euro; über 13 Jahre sind 50 Millionen Euro jährlich anvisiert. Aber wohlgemerkt: Bisher liegen hierfür keine Zusagen vor.

Zielsetzungen wie Erhalt des Nationalparks und mit Blick auf die Biodiversität insbesondere Erhalt des Waldes weiß auch das BMZ in besonderer Weise zu schätzen. Wir wollen aber – es ist notwendig, das genau zu prüfen –, dass vorher folgende Fragen beantwortet werden, nämlich ob eine solche Fondsfinanzierung wirklich verlässlich und seriös darstellbar ist und inwieweit wir hier möglicherweise einen Negativpräzedenzfall schaffen könnten. Bedenken Sie bitte, dass es in 13 weiteren Ländern ähnliche Situationen gibt und eine Unterstützung dieses Projektes damit Folgewirkungen haben könnte. Das heißt, wir als BMZ müssen dieses Projekt einschließlich der Fondsabsicherung im Detail prüfen. Nach dieser Prüfung werden wir unsere abschließende Entscheidung treffen.

- (B) **Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**
Eine Zusatzfrage, bitte sehr.

Friedrich Ostendorff (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Staatssekretärin, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Diese führen mich zu der Frage, ob der Bundesregierung bewusst ist, welch labiler Zustand im Moment in dem sich doch auf einem demokratischen Weg befindlichen Land Ecuador herrscht.

Wir haben ja in der letzten Woche mitbekommen, welche Konsequenzen Einschnitte bei den Sicherheitskräften in einem im Aufbau befindlichen demokratischen System haben. Ist der Bundesregierung bewusst, welche enorme Wirkung damit gerade in einem zum Schwellenland werdenden Land wie Ecuador verbunden ist?

Gudrun Kopp, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:

Herr Kollege, gerade weil wir uns bewusst sind, dass die gesamtpolitische Lage, aber auch die ökologische Lage in Ecuador in einem sehr fragilen Zustand sind, ist eine wirklich detaillierte Vorprüfung in Bezug auf dieses Projekt zum Schutze aller notwendig. Bitte geben Sie uns die Zeit, diese Prüfung vorzunehmen.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nun rufe ich noch die Frage 90 der Kollegin Sabine Stüber zum gleichen Sachverhalt auf:

- (C) Was will der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, unternehmen, damit die Fragen geklärt und die Bedenken bezüglich einer Einzahlung in den Treuhandfonds für die Yasuni-ITT-Initiative ausgeräumt werden können?

Gudrun Kopp, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:

Frau Kollegin Stüber, die Antwort lautet wie folgt: Die Yasuni-ITT-Initiative ist eine interessante und wirklich innovative Idee Ecuadors und damit eine souveräne Entscheidung der dortigen Regierung. Das BMZ hat die ecuadorianische Regierung in der Anfangsphase bei der Formulierung der Initiative unterstützt, und die Bundesregierung wird auch weiterhin engagiert die Umstände und ihre Unterstützung der Initiative im Detail prüfen. Nach Abschluss der Prüfung wird Ihnen das BMZ das Ergebnis übermitteln.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Haben Sie eine Nachfrage?

Sabine Stüber (DIE LINKE):

Ja.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Bitte sehr.

Sabine Stüber (DIE LINKE):

- (D) Ich hätte gern gewusst, wie lange Sie brauchen, um die Antworten von Frau Espinosa zu prüfen, und wann wir über das Ergebnis informiert werden.

Gudrun Kopp, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:

Frau Kollegin Stüber, das hängt davon ab, wie umfangreich die vorliegenden Antworten sind und ob weitere Nachfragen nötig sind. Ich verweise auch darauf, dass Staatspräsident Correa Anfang November nach Deutschland kommen wird. Bei diesem Besuch sind detaillierte Gespräche auch zu diesem Projekt geplant.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Damit haben wir den zeitlichen Rahmen der Fragestunde voll ausgeschöpft. Die restlichen Fragen werden schriftlich beantwortet.

Ich rufe den Zusatzpunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde

Projekt Stuttgart 21

Diese Aktuelle Stunde wurde von allen Fraktionen verlangt.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat der Kollege Peter Friedrich für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)